

RASSISMUSKOMMISSION

Auf Menschenrechte ausdehnen

Just zum 10-Jahre-Jubiläum der Eidg. Kommission gegen Rassismus (EKR) werden die Pläne, das Gremium zur Menschenrechtskommission auszubauen, konkretisiert. Doch der Widerstand regt sich bereits.

«Wir sind die einzige Kommission, die gegen und nicht für etwas eintritt», meint Doris Angst, die Sekretärin der Eidgenössischen Kommission gegen Rassismus (EKR). Schon alleine deshalb sei die EKR «prinzipiell nicht dagegen», zur Menschenrechtskommission erweitert zu werden. Doch dies sei Sache des Bundesrates.

Dieser steht gegenüber dem Parlament und der UNO, die das Fehlen einer nationalen Menschenrechtskommission moniert, in der Pflicht. Die Aussenpolitische Kommission des Ständerats hat die Regierung bereits im Oktober 2002 beauftragt, einen Bericht «über die mögliche Gründung einer eidgenössischen Menschenrechtskommission» zu verfassen. Und die Staatspolitische Kommission des Nationalrats wird in der kommenden Session den Drohfinger heben. Mit der in erster Lesung vom Nationalrat gutgeheissenen parlamentarischen Initiative von Vreni Müller-Hemmi (SP, ZH) verfügt sie über ein wirksames Druckmittel. Der Vorstoss aus dem Jahre 2001, dessen Frist nun verlängert werden soll, fordert explizit die Schaffung einer Menschenrechtskommission und wurde bis zum Vorliegen des bundesrätlichen Berichts zurückgestellt.



Georg Kreis / Keystone

EDI gegen EDA

Die Federführung liegt beim Aussendepartement (EDA) von Bundesrätin Micheline Calmy-Rey. Ein Wörtchen mitzureden hat beim Papier aber auch das Innenministerium (EDI) von Bundesrat Pascal Couchepin, bei dem das EKR-Sekretariat angesiedelt ist. Doch hier scheint Sand ins Getriebe geraten zu sein. Beim EDI heisst es, das Geschäft sei noch nicht «behandlungsreif», beim EDA, es bestehe «Diskussionsbedarf». Dabei geht es nicht um grundsätzliche Fragen, sondern darum, ob es wirklich richtig sei, die EKR um neue Aufgaben zu erweitern, oder ob für die Menschenrechte nicht ein eigenes Institut geschaffen werden sollte, für das unter anderem Nichtregierungsorganisationen wie Amnesty International weibeln. Dem Vernehmen nach sind sich auch die EKR-Mitglieder nicht einig. Präsident Georg Kreis gehört allerdings nicht zu ihnen. Er hat sich in den zuständigen Parlamentskommissionen für den Plan ausgesprochen. «Wir behandeln ein Segment der Menschenrechte. Es hat sich bei unserer Arbeit gezeigt, dass die Gesamtoptik auf die internationale Verknüpfung der Menschenrechte mit all den Konventionen fehlt», erklärt EKR-Sekretärin Angst.

Schützenhilfe erhalten Kreis und Angst von der CVP. Präsidentin Doris Leuthard hält die Erweiterung für «zukunftsträchtig», zumal kein neues Gremium geschaffen werden müsste, das zusätzliche Finanzen benötigen würde. Und auch Müller-Hemmi ist überzeugt, dass so ein Mehrwert geschaffen werden könnte. Sie denkt dabei an den Vollzug, der weit gehend bei den Kantonen liegt. Eine solche Erweiterung könnte zu einer Harmonisierung, zum Beispiel bei der Bekämpfung von Gewalt an Frauen und Kindern, führen. Aber auch Sensibilisierungskampagnen in Schulen könnten effizienter gestaltet werden.

Kein Geburtstagsgeschenk

Ein Geschenk zeitgenau zum Geburtstag der EKR, der am Donnerstag offiziell begangen wird, wird es also nicht geben. Aber fern ist der Entscheid nicht. Gemäss EDA-Sprecher Jean-Philippe Jeannerat fällt er «in naher Zukunft».

Doch damit ist noch nichts gewonnen. FDP-Generalsekretär Guido Schommer ist vom Projekt nicht ganz überzeugt. Man müsse sich überlegen, ob die Menschenrechte, welche die Basis der Bundesverfassung darstellten, nicht als Querschnittsaufgabe aufzufassen seien, die von der ganzen Gesetzgebung und allen Behörden erfüllt werden müsste, und deshalb eine solche Kommission eigentlich nicht nötig sei. Weniger differenziert argumentiert SVP-Präsident Ueli Maurer. «Die Rassismuskommission ist unnötig, weil sie nichts gebracht hat. Was soll also eine Menschenrechtskommission?»

